

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
 Monatlich einschließlich Trägerlohn *M.* 1.60
 Einzelnummer 10 *g.*
Erscheint an jedem Werktag
 Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
 Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Anzeigenpreise:
 Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 *g.*, Familien-Anzeigen 12 *g.*
 Reklame-Seite 45 *g.*, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
 Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 223

Gegründet 1826

Freitag, den 24. September 1926

Fernsprecher Nr. 29

100. Jahrgang

Tagespiegel

Der Reichspräsident empfing den amerikanischen Admiral Roger Wells.

Der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, wird am 10. Oktober zurücktreten. Bei dem von d'Abernon den deutschen Staatsmännern zu Ehren zu gebenden Abschiedessen wird Reichspräsident von Hindenburg Ehrengast sein.

Wie der „Berl. Lokalanzeiger“ erfährt, sind die Finanztage in England und Amerika, aber auch der Dawesagent Parker Gilbert gegen den Verkauf der Reichsbahnschuldverschreibungen, Frankreich soll das Schuldenabkommen mit Amerika beschließen, dann werde es wieder amerikanische Anteile erhalten.

Der französische Minister hat die politische Rede, die Poincaré am Montag im Senatrat in Bar le Duc halten wird, gebilligt. Briand und Tardieu nehmen am Ministerrat nicht teil.

Der neue Ministerpräsident Kondolis hat das Regieren schon wieder fast bekommen und will sich vom politischen Leben ganz zurückziehen. Das will etwas heißen, denn Kondolis war bei allen Staatsstößen in Griechenland im letzten Jahrzehnt immer vorne dran.

Was ist Wahrheit?

Ein Wort der Aufklärung über den Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden in Württemberg

Die Klagen der Gemeinden

Die Landtagsrede des Finanzministers vom 22. Juni d. J. über die finanzielle Lage des Staats und der Städte hat zahlreiche Erwiderungen hervorgerufen.

Daß der notwendige Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden vielfach zu Klagen und Vorwürfen Anlaß geben würde, ist nichts Auffallendes. Wenn mehrere bei starker Kälte unter einer Decke stehen und diese reicht nicht, dann wundern sich auch niemand, wenn an der Decke gezogen und wenn dabei geklagt und geschimpft wird. Mit der Finanzdecke ist's genau so. Auch diese reicht bei weitem nicht mehr und wenn von den drei Beteiligten: Reich, Länder und Gemeinden der stärkste, das Reich, den beiden andern jeweils ein Stück wegnimmt und der Staat nicht allein der Lasttragende sein will, so wehren sich die Gemeinden mit allen Mitteln dagegen, daß auch sie an der Verkürzung mittragen und mitleiden sollen. Behauptungen, wie die, der Staat würde sein Dasein immer mehr auf Kosten der Gemeinden zu erleichtern und nirgends sonst würden die Gemeinden vom Staat so schlecht behandelt, sind in den letzten Jahren auch außerhalb Württembergs fast überall zu hören gewesen.

Der schwierige Ausgleich

Die Vorwürfe, die der Staat bei diesem Anlaß über sich ergehen lassen muß, verkennen die außerordentlichen Schwierigkeiten des Finanzausgleichs. Diese haben letzten Endes, wie das eben gebrauchte Bild zeigen sollte, ihren Hauptgrund in unserem obersten Gesetzgeber (Reichstag): er hat in den letzten Jahren immer neue Ausgabenvermehrungen beschlossen, ohne sich nach den durch die steuerliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung gezogenen Grenzen zu richten, sich aber vielfach gleichzeitig der Sorge, für die diese Ausgabenvermehrung selber Deckung zu schaffen, zu Lasten der Länder und Gemeinden entzogen, die ihrer finanziellen Selbstständigkeit weitestgehend entleert sind. Dieser vom Reich geschaffene Zwangslage mußten sich Staat und Gemeinden wohl oder übel fügen. Dem Staat lag dabei die ungeheure schwere Aufgabe ob, zwischen beiden in der Verteilung der Lasten wie der Einnahmen die richtige Linie zu ziehen. Gemäß seiner Verantwortung nicht nur für seine eigenen, sondern auch der Gemeinden Lebensnotwendigkeiten hat er diese Regelung jeweils nach gründlicher Prüfung aller Gesichtspunkte getroffen. Daß er es dabei kaum jemand recht machen würde, war klar. Auch der Staat hat sich die äußersten Einschränkungen auferlegt. Eben darum kann aber auch das Rufen nach Abhilfe durch ihn keinen Erfolg haben, und sind die Anwürfe gegen die Staatsregierung und den Finanzminister im besonderen an eine falsche Adresse gerichtet.

Was braucht der Staat?

Im Folgenden soll nun zunächst ein Ueberblick über die Entwicklung der Staatsfinanzen gegeben werden.

1. Der durch den Landtag festgesetzte, einerseits aus den Vermögenserträgen des Staats, andererseits aus Steuern zu deckende ordentliche Staatsbedarf zeigt folgende Abschlüsse (die nachfolgenden Zahlen stellen Millionen Mark bzw. Reichsmark dar):

1914	1924	1925	1926
61,5*	111,4**	115,4	129,6

das sind in Hundert-Zahlen des Jahres 1914
181 v. H. 188 v. H. 210 v. H.

Dem gegenüber stehen als Vermögenserträge (und sonstige kleinere Einnahmen):

14,5***	13	14,5	13,5
---------	----	------	------

oder in Hundertzahlen
29 v. H. 99 v. H. 93 v. H.

* Dabei sind nur die mit 1924 ff. vergleichbaren Zahlen berücksichtigt.
** Nach der Durchführung der Abbaumaßnahmen.
*** Ohne Verkehrsankassen.

Deutschlands Hilfsverpflichtung

Ein peinlicher Zwischenfall im Völkerbundsaußschuß

Genf, 23. Sept. Der Artikel 16 der Völkerbundscharta bestimmt bekanntlich, daß jeder Mitgliedsstaat — die Schweiz wurde schon früher ausgenommen — verpflichtet sei, im Fall eines vom Völkerbund beschlossenen Kriegs die angeforderte Truppenmacht zu stellen und den Durchzug anderer Truppen durch das Land freizugeben. Im ersten Ausschuß des Völkerbunds (für Rechts- und Verfassungsfragen) focht nun der Vertreter Finnlands, Prof. Erich, an, daß die Note der Locarnomächte (England, Frankreich, Italien und Belgien) vom 1. Dezember 1925 Deutschland ebenfalls eine Ausnahmestellung einräume. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Gaus, erklärte, daß Deutschland sich an den Wortlaut dieser Note halten müsse, die auch in den Archiven des Völkerbunds niedergelegt sei. Der Zwischenfall, daß der heikle Punkt von Finnland herangezogen wurde, verleitete den Ausschuß in nicht geringer Überraschung. Es wurde

nach längerer Aussprache beschlossen, dem Bericht eine „vorläufige“ Fassung zu geben, die die von Erich beabsichtigte Wirkung ausschloß.

Die Bedeutung des Zwischenfalls liegt darin, daß die um Rußland herum geschaffenen „Randstaaten“ befürchten, Deutschland werde ihnen, falls sie von Rußland angegriffen werden, unter Berufung auf die Note vom 1. Dezember 1925 trotz des Artikels 16 nicht zu Hilfe kommen. Die Locarnomächte wollten aber einer gefährlichen Aussprache in der Versammlung aus dem Weg gehen. Es wurde festgelegt, daß die Auslegung, die der Artikel 16 in Locarno untrüblich dem Locarno-Abkommen eteiltigenresp. schweigend unter den am Locarno-Abkommen beteiligten Mächten gefunden habe, keinerlei Bindung für die andern Völkerbundsmitglieder bedeute und die Frage noch offen stehe, wie weit diese Auslegung eines Tags wirksam sein kann.

so daß ein Steuerbedarf bleibt von
47 98,4 101,1 116,1.

In Wirklichkeit wurden aber 1914 statt 47 Mill. M. 58,2 Mill. M. an Steuern für das Land erhoben. Dieses Mehr von 11,2 Mill. M. war damals notwendig, um die das Land heute nicht mehr belastenden Mehrausgaben für die Steuer- und Zollverwaltung, für die Eisenbahnverwaltung, für den ungedeckten Matrularbeitrag und sonstige kleinere Posten abzugleichen. Für 1926 sind ferner im staatlichen Haushalt tatsächlich nur 106,4 Mill. M. an Steuern eingestellt, von den fehlenden 9,6 Mill. M. konnten 5,8 Mill. aus Resteinnahmen früherer Jahre gedeckt werden; die übrigen 3,9 Mill. M. mußten ohne Deckung bleiben. Stellt man diese 58,2 Mill. von 1914 den 116,1 und den 106,4 Mill. von 1926 gegenüber, so entsprechen die beiden letzten Zahlen einem Satz von 200 und 183 v. H.

Wir haben also heute einen auf 200 v. H. der Vorkriegszahl gestiegenen staatlichen Steuerbedarf vor uns, während sich der Staatsbedarf sogar noch etwas stärker, nämlich auf 210 v. H. erhöht hat.

Wirkung der verminderten Kaufkraft des Geldes

2. Ganz so, wie sich die Lebenshaltungskosten des einzelnen heute um rund 40 v. H. höher stellen als vor dem Krieg, so ist auch im Leben des Staats der Aufwand für die Erfüllung seiner Aufgaben zwangsläufig gestiegen. Diesen der geringeren Kaufkraft des Geldes entsprechenden Mehrbedarf hat man mit mindestens 25 Mill. M. anzusehen. Bei der Steigerung des Steuerbedarfs spielt ferner der Umstand eine Rolle, daß leider die staatlichen Vermögenserträge hinter den Vorkriegserträgen sogar absolut zurückgeblieben; namentlich die Staatsforsten weisen bekanntlich einen außerordentlich mäßigen Ertragsrückgang auf. Wären diese Erträge in gleichem Ausmaß gestiegen wie der Staatsbedarf, demnach auf 210 v. H., so würden sie statt 13,5 Mill. 30% Mill. M. erbringen. Wenn man aber auch hier nur die verringerte Kaufkraft der Reichsmark in Rechnung stellt, so müßten sie immerhin 19–20 Mill. M. abwerfen. Mindestens 30 Mill. steuerlicher Mehrbedarf rühren also lediglich von der schwächeren Kaufkraft der Reichsmark und der geringeren Rentierlichkeit des Staatsvermögens her.

Ursachen der Staats-Mehrausgaben

Rechnet man der Staatsbedarfsziffer von 1914 die angegebenen 25 Mill. M. als bloßen Wertausgleichsposten hinzu, so bleibt noch eine eigentliche Ausgabenvermehrung um höchstens 43 Mill. M. Diese ist im wesentlichen zurückzuführen auf die Schaffung einer staatlichen Polizei, die es 1914 noch nicht gegeben hat, auf die früher ebenfalls so gut wie ganz fehlende Belastung des Staats mit Ausgaben für die verschiedenen Zweige der öffentlichen Fürsorge, auf unvermeidliche erhebliche Mehrausgaben für den Straßenbau, namentlich aber auf eine sehr starke Steigerung der Personalbezüge, wie denn überhaupt das Schwergewicht der staatlichen Ausgaben, ganz anders als in den Haushalten der größeren Städte, auf der Personalseite liegt. Eine Personalvermehrung von Belang hat seit dem Abbau im Winter 1923/24 beim Staat nicht stattgefunden.

Zum größten Teil sind diese Ausgabenvermehrungen vom Reich veranlaßt, also gebundene und zwangsläufige. Die Befolgungspolitik des Reichs ist auch für die Länder maßgebend und die Fürsorgemaßnahmen werden gleichfalls in der Hauptsache vom Reich vorgeschrieben.

Staatliche Sparsamkeit in Württemberg

Unter welcher peinlichen Sparsamkeit die württ. Regierung dabei den staatlichen Haushalt tatsächlich gehalten hat, ist deutlich aus den Landtagsverhandlungen der letzten Jahre zu entnehmen; bei den meisten wichtigeren Positionen ist immer wieder lebhaft darüber geklagt worden, daß die ausgeworfenen Summen unzulänglich seien. Einen weiteren wertvollen Beleg in der gleichen Richtung gibt eine Vergleichung mit den Haushalten anderer Länder. Nehmen wir z. B. die staatlichen Haushaltspläne für 1926 von

Bayern und Baden zur Hand, so ergeben sich folgende Vergleichszahlen:

	Württemberg	Bayern	Baden
Bevölkerungsziffern in Mill.	2,57	7,37	2,31
Gesamte ordentliche Bruttoausgabe für 1926 in Mill. M.	211,98	656,44	219,69

Die Beschwerden der Gemeinden

Und nun zu den Beschwerdepunkten der Gemeinden im einzelnen. Sie gehen fast ausnahmslos nach 3 Richtungen: 1. Der staatliche Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit 3/5 sei zu hoch. 2. Der staatliche Anteil an den Polizeikosten sei zu niedrig. 3. Der staatliche Anteil an den Schullasten sei zu niedrig.

Dabei wird meist behauptet, daß die Gemeinden in anderen Ländern bei dieser Verteilung weit besser fahren. Demgegenüber ist zunächst ganz allgemein festzuhalten, daß einwandfreie Vergleiche mit anderen Ländern unmöglich sind. Jedes Land hat eine aus Jahrhunderte langer Entwicklung sich erklärende besondere Aufgabenverteilung zwischen sich und den Gemeinden und ebenso ein dieser Aufgabenverteilung angepaßtes eigenes System des Finanzausgleichs. Fest steht nur das eine, daß in den letzten Jahren, bald etwas früher, bald etwas später, die anderen Länder genau so wie der württ. Staat gezwungen waren, einen Teil des vom Reich ausgehenden Drucks auf die Gemeinden weiterzugeben. Für den Staat kommt es auf daselbe hinaus, wenn er die von den Gemeinden zu übernehmende Mehrlast durch einen geringeren Steueranteil oder durch höhere Schul- oder Polizeikosten ausgleicht. Was gegeben wird für den einzuschlagenden Weg mußten stets in erster Linie die nach Recht und Billigkeit zu berücksichtigenden Verhältnisse und die finanzielle Lage der einzelnen Gemeinden sein. Und weiter ist allgemein zu bemerken, daß für die Gesamtheit der Steuerzahler durch ein Eingehen auf die Gemeindefürsorge nach mehr Steuern oder einem geringeren Schullasten- oder Polizeikostenanteil das Gegenteil von einer Entlastung bewirkt würde. Auch jetzt noch können einzelne Gemeinden ohne Steuererhöhung auskommen. Beim Staat muß jedes erhebliche Einkommen-Mehr oder Ausgaben-Mehr in vollem Umfang aus neuen Steuermitteln gedeckt werden.

Die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer

Die Behauptung, daß der württ. Staat bei der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu seinen Gunsten zu weit gegangen sei, läßt sich schon damit vollkommen widerlegen, daß er schon lange vor der Inflationszeit genötigt war, soviel an Einkommensteuer zu erheben, wie sein heutiger (der Kaufkraft nach mindererwertiger) Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zusammen ausmacht. Dieser beläuft sich für 1926 auf 42,7 Mill. Reichsmark. Schon 1916 war das Reinkommen an staatlicher Einkommensteuer 41,5 Mill. Mark. Außerdem erhob der Staat aber damals für sich noch an Kapitalsteuer 5,1 Mill. und an Vermögenssteuer 6,34 Mill. Mark, die ihm beide inzwischen das Reich entzogen hat. Einen größeren Verhältnisausgleich an der Einkommen- und Kapitalsteuer als heute an der Einkommen- und Körperschaftsteuer hat die Gesamtheit der Gemeinden auch früher nicht gehabt; an der Vermögenssteuer waren sie überhaupt nicht beteiligt.

Die Polizeikosten

Der württ. Staat hat bisher darauf ganz verzichtet, die Gemeinden zu den Kosten der sogenannten Grünen Polizei heranzuziehen. Die Kosten der Blauen Polizei hat der Staat von Anfang an und grundsätzlich nur soweit übernehmen wollen, daß die Gemeinden noch 80 v. H. der Kosten zu tragen haben, die ihnen beim Verbleiben der Polizei in ihrer Verwaltung unter Aufrechterhaltung des Sollbestands vom 1. April 1922 erwachsen wären. Tatsächlich ist der Gemeindeanteil an den wirklichen Kosten der Blauen Polizei ein ständig sinkender. Er macht für 1926 nur noch 68 v. H. aus. Im übrigen genügt es hier zu wiederholen, was der Minister des Innern in der Landtagsdebatte vom 15. Juni d. J. gesagt hat: „Wenn die Polizei in Stuttgart nicht verstaatlicht wäre, würde jedenfalls die Stadt Stuttgart nicht weniger, sondern wahrscheinlich mehr zu bezahlen haben, als sie heute an den Staat bezahlt. Ich gebe zu, daß

bei anderen Städten teilweise die Steigerung ganz erheblichen Umfang angenommen hat, aber nicht etwa deshalb, weil die staatliche Polizeiverwaltung viel teurer wäre, sondern weil in einzelnen Gemeinden doch in der Polizei in der Vorkriegszeit so Geringes geleistet wurde, daß sie den jetzigen Anforderungen nicht genügt.

Die Schulkosten

Bezüglich der Schulkosten ist es zum Beweis dafür, daß es sich in Wahrheit auch heute nicht um eine übermäßige Heranziehung der Gemeinden handelt, ausreichend, die nachfolgenden Zahlen einander gegenüberzustellen:

Table with columns: Art der Schulen, Aufwendungen für aktive Lehrer, Gesamtsumme an Schülern, Anteil des Staates, Anteil der Gemeinden. Rows include: Schulpflichtige, Gewerbe- und Handels- sowie Frauenarbeits-schulen, Volksschulen, gesamt.

Zu der angegebenen Staatsleistung mit 18 793 100 RM. kommt noch hinzu und an der Gemeindeanteilssumme von 23 387 100 RM. geht ab ein Betrag von 2 000 000 RM., die der Staat anlässlich der Verringerung der Schulkostenverteilung für Beiträge an bedürftige Gemeinden neu ausgemworfen hat.

Meist wird, das muß besonders hervorgehoben werden, bei den Anwürfen der Gemeinden gegenüber dem Staat die Steigerung der Lehrerbefehle seit 1924 völlig außer acht gelassen. Von ihr rührt in vielen Gemeinden die Mehrspannung her und wenn man daher die früheren Gemeindeleistungen mit den jetzigen vergleichen will, ist es immer nötig, zuerst zu berücksichtigen, daß die Lehrerbefehle von 1924 bis 1926 beträchtlich in die Höhe gegangen sind. Mit der Schulkostenneuregelung von 1925 hat diese Steigerung gar nichts zu tun.

Die gemeinsame Aufgabe

Wenn vorstehende Darlegungen und Tatsachen Beruhigung schaffen würden, so wäre beiden Teilen wesentlich gedient. Wir kommen nicht darum herum, daß die Haushalte der öffentlichen Körperschaften heute notleidend sind. Daran wird sich auch in den Folgejahren nicht das geringste ändern; dafür sorgt schon die steigende Daveslast. Nur aus der Abwehrstellung heraus hat der Finanzminister am 22. Juni seine Ausführungen gemacht. Dazu zwangen ihn die unausgeheilten Angriffe gegen die staatliche Finanzpolitik, bei denen vielfach bewußt daran vorbeigegangen wurde, daß die heute bestehende Einnahmen- und Polizeikostenverteilung auf Maßnahmen früherer Regierungen zurückgeht, und namentlich auch die unzutreffenden Darstellungen des Oberbürgermeisters Dr. Lautenschlager-Stuttgart in der Gemeinderatsitzung vom 27. Mai. Wenn auch dessen neuerliche Rede vom 6. Juli wiederum in der Behauptung gipfelt, der württ. Gesetzgeber habe es für gut gefunden, die Verteilung von Lasten und Einnahmen in einer die Lebensfähigkeit der Gemeinden vernichtenden Weise vorzunehmen, wie der Haushaltsplan der Stadt Stuttgart für 1926 aufs erschreckendste darzutue, so kann unter Verzicht auf weitere Polemik das Urteil über die Richtigkeit solcher Behauptungen ruhig der Öffentlichkeit überlassen werden. Wer mit einiger Aufmerksamkeit die Grundstücksvermehrungs-, die Bau-, die Beteiligungs- und überhaupt die gesamte Wirtschaftspolitik der Stadt Stuttgart verfolgt hat, die sich auf die ausgiebige Inanspruchnahme und Mitwirkung ihrer Giraffe stützt, wird bis heute nichts von eingetretener oder beginnender „Lebensunfähigkeit“ beobachtet haben.

Was Land und Gemeinden nottut, sind nicht gegenseitige Vorwürfe, sondern gemeinsames Hinarbeiten darauf, beim Reich eine schärfere und bessere Abgrenzung der Aufgaben und eine angemessene Verteilung der vorhandenen Steuerkraft, bei ausreichender eigener Verantwortlichkeit für Land und Gemeinden nach der Ausgaben- wie nach der Einnahmenseite hin, herbeizuführen. Bei der Staatsregierung ist der Wille dazu vorhanden.

Feuer am Nordpol.

Technisch-politischer Roman von Karl-August von Vassert. (Nachdruck verboten.)

„Die ersten Maschinen müssen wir natürlich auch im Kugelhieb transportieren. Finden wir aber Eisenröhren in genügenden Mengen, dann werden wir uns die weiteren Maschinen selber herstellen. Und geeignetes Baumaterial ist ausreichend an Ort und Stelle: das mächtige, viele hundert Meter dicke kristalline Eis. Unter der Erde aber vielmehr unter dem Eis lassen sich alle nötigen Bauarbeiten mit Leichtigkeit ausführen.“

„Gut. Nehmen wir an, daß alle diese etwas gewagten Voraussetzungen zutreffen und daß es Ihnen tatsächlich gelingen sollte, eine riesige Kraftstation zu errichten. Auf welche Weise wollen Sie aber den Strom nutzbar machen? Sie können doch nicht über das Eisneer hinweg eine viele hundert, ja tausend Kilometer lange Starkstromleitung legen? Selbst wenn wir voraussetzen, daß der Nordliche Ozean den größten Teil des Jahres zugefroren ist, so wird er doch zeitweise offen sein. Aber auch im gefrorenen Zustande findet eine längige Trift des Eises statt. Am bekanntesten sind ja die langen Triftfahrten der „Jeannette“ in den achtziger und die der „Fram“ in den neunziger Jahren, die beide stets vom Eis eingeschlossen Schiffe über eine Strecke von mehreren tausend Kilometer führten.“

„Wir werden unsere Starkstromleitung nicht über, sondern unter dem Eis führen,“ rief der junge Ingenieur überzeugungsvoll. „Bis zur Südspitze des Kamanlandes geht sie unter dem Festlande des neuen Kontinents entlang und von dort als Kabel bis zu dem nur etwa 200 Kilometer entfernten Kap Barrow, der nördlichsten Spitze Alaska.“

„Ich bewundere Ihre Phantasie,“ sagte Sanders. „Ohne Phantasie bleibt der moderne Techniker nur ein Handlanger, mit ihr ist er zum Größten befähigt.“ „Legten Sie Ihre Gedanken bereits schriftlich nieder?“

Advertisement for 'Der Gesellschafter' magazine. Text: Wenn Sie keine Unterbrechung des Abonnements erleiden wollen, dann bestellen Sie sofort unsere Zeitung. Der Gesellschafter für den Monat Oktober bei der nächsten Poststelle oder beim Briefträger oder bei unserer Geschäftsstelle.

Neuestes vom Tage

Stresemann beim Reichspräsidenten

Berlin, 23. Sept. Voraussichtlich wird Stresemann noch heute abend dem Reichspräsidenten Bericht erstatten. Dem Empfang wird wohl auch der Reichszkanzler beiwohnen. Morgen vormittag beginnen die Beratungen des Reichskabinetts, in denen Dr. Stresemann über seine Verhandlungen mit Briand in Thoiry berichtet wird.

Pariser Blätter schreiben, Briand habe in Thoiry darauf gedrungen, daß die „Entwaffnung“ vollständig durchgeführt und vor allem die ungeheuerlichen nationalistischen militärischen Verbände unterdrückt werden. Dr. Stresemann habe dies zugesagt. Es werde darüber wohl zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen Stresemann und dem Reichspräsidenten kommen.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags wird am Dienstag oder Mittwoch zusammentreten. Die Völkischen und die Kommunisten beantragen sofortige Einberufung des Reichstags.

Von der Reichsbahn

Berlin, 23. Sept. Nach dem Bericht des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft sind die Einnahmen aus dem Güterverkehr gestiegen, ohne freilich die vorjährige Höhe zu erreichen. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind nach wie vor unbefriedigend und bleiben erheblich hinter dem Vorschlag zurück.

Die Betriebsfähigkeit ist mindestens ebenso günstig wie in der Vorkriegszeit und hält einem Vergleich mit den ausländischen Bahnen durchaus stand. Zur Bekämpfung von Anschlägen soll der Streifen- und Ueberwachungsdienst der Reichsbahn noch weiter ausgebaut werden. Um den Verwaltungsbehörden in den durch Wetterschäden und Ueberschwemmungen betroffenen Landesteilen die Zuwendung von Frachterstattungen an besonders schwer betroffene Personen zu ermöglichen, wurden dem Reichsverkehrsminister 150 000 RM. zur Verfügung gestellt.

Der beabsichtigte Verkauf der Eisenbahnschuldverschreibungen keine Ueberbreitung der Davesleistungen

Berlin, 23. Sept. Im Hinblick darauf, daß in der Besprechung Dr. Stresemanns mit Briand in Thoiry davon die Rede war, die Daves-Schuldverschreibungen der Reichsbahn zugunsten Frankreichs zu Geld zu machen, wird halbamtlich darauf hingewiesen, daß von den 26 Milliarden Kapitalwert der Reichsbahn 13 Milliarden als unveräußerlich im Besitz der Reichsbahn geblieben, 2 Milliarden als Vorzugsaktien ausgegeben worden und die übrigen 11 Milliarden als Obligationenschuld dem Daves-Treuhänder übergeben worden seien. Falls die 2 Milliarden Vorzugsaktien verkauft werden, würden drei Viertel des Erlöses der Reichsbahn, das restliche Viertel dem Reich zufallen. Es sei selbstverständlich, daß der Anteil der Reichsbahn für Entschädigungsleistungen überhaupt nicht in Frage komme. Auf den 11 Milliarden-Schuldverschreibungen, die von vornherein für die Entschädigungen bestimmt seien, ruhe das Besitztum der Entschädigungsgläubiger. Die Schuldverschreibungen stellen augenblicklich eine Schuld zwischen Reich und Gläubigerstaaten dar. Falls ein Teil der Papiere verkauft werde, trete an Stelle des Staatsgläubigers der Privatgläubiger. Das sei der einzige Unterschied. In diesem Fall würden die Zinszahlungen unter dem Transferfuß bleiben, d. h. der Davesagent sei jederzeit in der Lage, die Zinszahlung zu verhindern, wenn dadurch die deutsche Währung gefährdet

würde. Unter keinen Umständen können aber von deutscher Seite Verpflichtungen übernommen werden, die über die im Davesplan festgesetzte Grenze der Jahresleistungen noch hinausgehen. (Dieser Schlußsatz bezieht sich auf die Meldung, daß für den Postaus des Rheinlands von der Besatzung von Deutschland 8 Milliarden Goldmark gefordert werden sollen.)

Die Lage des Vatikans

Rom, 23. Sept. Der italienische Nationalfesttag des 20. Septembers zur Erinnerung an den Einmarsch der italienischen Truppen in Rom ist auch dieses Jahr (trotz der faschistischen Annäherung) im Vatikan als ein Trauertag betrachtet worden. Der Papst hat zum Zeichen der Trauer die Audienzen unterbrochen, und der päpstliche „Offiziäre Romano“ hat die Belegenheit benutzt, um zu versichern, daß der Papst die politischen und Gebietsansprüche des Kirchenstaats nicht aufgeben werde.

Gerichtliche Verfolgung der ehemaligen Stambulski-Minister

Sofia, 23. Sept. Die Kammer nahm den Antrag des Oberstaatsanwalts auf eine gerichtliche Verfolgung der ehemaligen Minister des radikalen Kabinetts, Stambulski, Dmarfchewsky, Murawieff, Athanassoff und Stojanoff an, die des Mordmordes am Kaiser Nikolaus II. beschuldigt sind.

Ablehnung der Eingabe des Episkopats durch die mexikanische Abgeordnetenkammer

New York, 23. Sept. Die Abgeordnetenkammer hat die Eingabe des Episkopats nach Abänderung der Religionsbestimmungen der Verfassung abgelehnt, da die Eingabe von Geistlichen und nicht von Staatsbürgern unterzeichnet sei.

Wieder ein Prozeß gegen die Verwalter des feindlichen Eigentums in Amerika

Washington, 23. Sept. Die Regierung hat gegen den ehemaligen Verwalter des beschlagnahmten feindlichen Eigentums, Mitchell Palmer, seinen Nachfolger, Francis Garvin, sowie gegen den Organisator der amerikanischen Bolsch Magneto Co., Martin Kern und Genossen, eine Klage auf Zahlung von 5 Millionen Dollar angestrengt, die bei Verkauf der bei Kriegsausbruch beschlagnahmten deutschen Boshpate nte verschleudert worden sein sollen. In der Anklageschrift wird ausgeführt, daß Kern die deutsche Boshgesellschaft für 5 Millionen von den beiden genannten Verwaltern des feindlichen Eigentums erworben und daß diese Summe nur die Hälfte des tatsächlichen Werts der deutschen Gesellschaft dargestellt habe.

Vorräden der Kantontuppen

Schanghai, 22. Sept. Infolge des Beschlusses des Generals Santschuanfang, seine Truppen entsprechend seinem Plan in die Berge zurückzuziehen, befehlet die Truppen vor Kantone einen großen Teil der Provinz Kiangsi. In Kiukiang treffen zahlreiche Verwundete und Flüchtlinge ein. — Wutschang wird noch gegen die Kantonesen verteidigt. Der „Daily Telegraph“ meldet, der bolschewistische Reitergeneral Budienny sei mit einem großen Stab unter Führung des Generals Ledebew nach der mongolischen Grenze unterwegs. Er solle möglicherweise Marschall Fengguifang als Ratgeber oder in einer anderen Weise unterstützen.

Württemberg

Stuttgart, 23. Sept. Hindenburgs Dank. Reichspräsident von Hindenburg hat an den Staatspräsidenten Basille folgendes Schreiben gerichtet: „Sehr geehrter Herr Staatspräsident! Bei meiner Anwesenheit in Mergentheim und im Mandatgelände ist mir von Seiten der württ. Behörden wie auch von allen Teilen der Bevölkerung ein so herzlicher Empfang gütlich geworden, daß es mir lebhaftes Bedürfnis ist, Ihnen meinen herzlichsten Dank für alle mir entgegengebrachte Freundlichkeit abzusenden und Sie zu bitten, diesen meinen Dank den Behörden wie der Bevölkerung bekanntzugeben. Die eindrucksvolle Lage, die ich in dem schönen Württemberg-Land verbracht habe, werden mir stets in angenehmer Erinnerung bleiben. Indem ich Sie bitte, auch persönlich meinen herzlichsten Dank für Ihre freundliche Begrüßung entgegenzunehmen, bin ich mit freundlichen Grüßen Ihr sehr ergebener (gez.) von Hindenburg.“

Der neue Landeskommandant für Württemberg. Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag der Württ. Regierung den Obersten von Greiff, Kommandeur des 13.

Man hatte draußen geseipelt auf der Terrasse, die der Blick in die bläulich dämmernde Ebene freigab. Südlich schnell sank die Nacht herab. Die Diener brachten Windlichter.

„Sehr idyllisch, diese Beleuchtung,“ spottete Stratow. „Bei Ihnen in Bolschewikien hat man gewiß liberal elektrisches Licht auf dem Lande?“ fragte die Prinzessin Stirbey harmlos.

„Die große Kraftstation auf meinen Besitzungen ist fast vollendet,“ sagte der Russe. „Es sollte mir eine besondere Freude sein, wenn die verehrten Anwesenden mich demnächst auf meinem Schlosse Kalmitowstaja besuchen würden.“

„Wo liegen Ihre Güter?“ fragte Sanders. Die Unterhaltung wurde auf Wunsch der Fürstin deutsch geführt.

„Zwischen dem Unterlauf der Wolga und dem Uralflusse,“ entgegnete Stratow. „Es ist die sogenannte Kirgissteppe, ein Areal von der Größe Ihrer Provinz Brandenburg.“

„Dieses ungeheure Gebiet gehört Ihnen?“ fragte Stefanescu. „Wie ist so etwas im kommunistischen Ausland möglich?“

„Es gehört mir nicht. Ich habe es nur auf fünfzig Jahre vom Staate gepachtet, aber mit der Bedingung, daß ich völlig selbständig schalten kann.“

„Was mußten Sie dafür geben?“ fragte Linda Lahory. „Die Volkstommisare wissen, welche getreuen Anhänger sie in mir besitzen. Ich zahle eine erhebliche Summe in Goldrubeln, verpflichte mich zu jährlichen Lieferungen von Getreide und muß binnen zehn Jahren 40 Prozent der jetzt noch unfruchtbareren Steppen und Sumpfbiete angebau haben.“ Er erhob sich. „Gefallen Sie, Fürstin, daß ich von meinem Zimmer ein kleines Produkt der neu entstandenen Industrie von Kirgisia hole?“

(Fortsetzung folgt.)

Fragmentary text on the right edge of the page, including words like 'Württemberg', 'Stuttgart', 'Hindenburg', 'Reichspräsident', 'Basille', 'Kirchgang', 'D. Schy', 'Besitz', 'Kirche', 'am Mitt', 'um 9/1', 'G 5 h-Gb', 'eindrückl', 'Otto in', 'einen int', 'kirchliche', 'kirchl. S', 'Evangel', '18 stalt', 'und Verp'.

(Württ.) Infanterie-Regiments in Ludwigsburg, zum vandeskommandanten in Württemberg ernannt.

Vom Ruhestandsbeamtenverein. Präsident a. D. von Leo, der seit 1920 Leiter des Württ. Landesvereins staatlicher Ruhestandsbeamter war, ist aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten und hat den Vorsitz an Oberpostdirektor a. D. Capeller übergeben. Leo wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Vorauszahlung der Bezüge der Beamten. Das württ. Staatsministerium macht von der Ermächtigung, die Bezüge der Beamten bei Ueberweisung auf ein Konto zweimonatlich vor auszahlen zu lassen, mit Rücksicht auf die Finanzlage vorerst keinen Gebrauch. Vom Reichstag ist die Reichsregierung aufgefordert worden, für das nächste Rechnungsjahr Vorbereitungen für die Wiedereinführung der Vierteljahrszahlungen der Gehälter an die Beamten zu treffen.

Die württ. Fleischerrinnungen hielten am Montag hier im Charlottenhof einen Obermeisterabend, auf dem 49 Innungen vertreten waren. Syndikus Dr. Pantien hielt einen Vortrag über die Einkommensteuerveranlagung, worauf eine Entschließung einstimmig Annahme fand, in der es u. a. heißt: Das württ. Metzgergewerbe war durch Reichsgesetz bis zum August 1926 in seinen Preisfestsetzungen behördlich überwacht und es waren ihm Verdiensteipannen am Fleisch von nur 4-5 v. H. zugestanden. Trotzdem wurden bei der Veranlagung zur Einkommensteuer von den Finanzämtern Verdienste bis zu 20 v. H. angenommen. Der Obermeisterabend erhebt sichärftlichen Einspruch gegen eine solche willkürliche, den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechende Veranlagung zur Einkommensteuer. Der Obermeisterabend verlangt, daß bei den Einspruchsverhandlungen und künftig bei der Veranlagung zur Einkommensteuer berufene Sachverständige aus dem Gewerbe zur Mitwirkung zugezogen werden. Hierauf wurde die Fleischpreisfrage besprochen, wobei der Vorsitzende Häusermann vorschlug, daß Stuttgart die auf dem Stuttgarter Schlachthof festgesetzten Preise den Innungen durch Rundschreiben ohne Verbindlichkeit bekannt geben solle. Dieser Vorschlag fand Annahme.

Zum Volksfest. Anlässlich des Cannstatter Volksfests werden zwischen Stuttgart, Cannstatt, Eßlingen und Waiblingen vom 24. bis 28. September verschiedene Sonderzüge ausgeführt.

Für die Schau- und Vergnügungsflüge auf dem Wasen am 25., 26., 27. und 28. September sind umfassende polizeiliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

Vom Tage. Mittwoch abend sprang die 43jährige Frau Marie Mergenthaler, die in der Hebelinger Straße wohnt, in der Straßenbiegung vor der Hebelinger Volksschule von dem in voller Fahrt befindlichen Motorwagen der Linie 19 ab und geriet unter den Anhängewagen. Sie konnte nur als entsehrlich verunstaltete Leiche herangezogen werden. Die Frau war Mutter von 11 Kindern.

Cannstatt, 23. Sept. Kurse für weibliche Erwerbstätige. Die Frauenabteilung der Volkshochschule Stuttgart richtet nun auch in Cannstatt Tageskurse für weibliche Erwerbstätige ein.

ep Utm, 23. Sept. Kirchenbezirksstag. Hier fand kürzlich unter der Leitung von Dekan Böhringer der diesjährige Kirchenbezirksstag statt, eingeleitet durch einen Gemeindeabend, bei dem Stadtpfarrer Rein-Rottweil über „die Missionspflicht der Kirche“ und Fabrikant Paul Lechler-Stuttgart über „die ärztliche Mission“ sprach. Bei den Verhandlungen am folgenden Tag berichtete Dekan Böhringer über den Stand des kirchlichen Lebens. Prälat D. v. Pland-Utm wird im Lauf dieses Jahres in den Ruhestand treten. Die kirchliche Statistik des Jahres 1925 weist in Utm günstigere Zahlen als im Vorjahr auf. Während z. B. die Kirchenaustrittsziffer in der Stadt nur eine geringfügige Zahl zeigt, ist im Bezirk kein Austritt erfolgt. Zur Erhaltung des Münsters haben bewilligt: das Reich 60 000 M., Staat Württemberg und Stadt Utm je 20 000 M. Kürzlich wurde mit dem Bau der Westabdachung begonnen.

Vom Bodensee, 23. Sept. Das Mannenbacher Bootunglück. Der 25 J. a. Hilfsarbeiter Franz Bedaus Reichenau, der am 4. Juli d. J. das furchtbare Bootunglück von Mannenbach verschuldete, wurde vom Schöffengericht Konstanz wegen fahrlässiger Tötung zu drei Jahren Gefängnis abzüglich der Untersuchungshaft verurteilt. Dem Unglück waren sechs Menschenleben zum Opfer gefallen.

Waiblingen, 23. Sept. Gasversorgung. Seit August wird die hiesige Stadt und Schorndorf mit Gas vom Städtischen Gaswerk in Stuttgart versorgt. Ein lang bestehender Wunsch hat dadurch seine Erfüllung gefunden. Zurzeit werden in den an der Hauptleitungsfreie liegenden Ortsteilen Endersbach, Grunbach, Gerabronnen und Kommlshausen die Ortsnetze hergestellt.

Nus Stadt und Land

Magold, 24. September 1926.

Nicht allen ist zu schaffen vergönnt. Wirken aber kann ein jeder. Enders-Dip.

Kirchenbezirksstag in Magold.

Wie alljährlich, so fanden sich auch heuer die kirchlichen Vertreter der Stadt- und Landgemeinden vom vorderen und hinteren Bezirk hier in Magold zusammen, anlässlich des Bezirks-Kirchentags, der dieses Mal in Anwesenheit des Herrn Prälaten D. Schöll stattfand. Der Dienstag Mittag führte die Pfarre des Bezirks mit dem Herrn Prälaten in Vereinshaus zusammen zur Disputation über ein wissenschaftliches, Grundfragen unserer Kirche behandelndes Thema. — Der eigentliche Bez.-Kirchentag am Mittwoch, der uns vor die Gegenwarts-Nöte und -Fragen und Aufgaben unserer Volksschule stellen sollte, wurde eröffnet um 7,9 Uhr mit einem Gottesdienst im Vereinshaus. Pfarre Göb-Ebhausen legte feiner an Herz und Gemissen rührenden eindrucklichen Predigt 1. Tim. 3 zugrunde. Dann gab Dekan Otto in eingehenden, klaren und gründlichen Darlegungen einen interessanten Einblick in die besonderen Verhältnisse, die kirchliche Arbeit, das kirchliche Leben unseres Bezirks. Aus der kirchl. Statistik sei hier erwähnt: Unser Bezirk zählt 91,2 % Evangelische, 6,95 % Katholische. Austritte zu Sektten fanden 18 statt: 10 zu den Neuapostolischen, je 2 zu den Adventisten und Baptisten, 3 zu den Methodisten, sonst 1. Dem steht 1

Rücktritt von den Neuapostolischen gegenüber. Austritte zur kathol. Kirche fanden keine statt (in Deutschland 1924 auf je 100 000: 56,31 Uebertritte von der kathol. zur evangel. Kirche; 18,24 zur kathol. Kirche). Kindergottesdienste fanden 34 sonntäglich im Bezirk statt mit ca. 2100 Kindern; Jugendvereine (männl. und weibl.) sind es 50 mit zus. ca. 1200 Mitgliedern. Landeskirchl. Gemeinschaften haben wir 53 im Bezirk: 13 Altpiet. 10 Hahn'sche, 7 Bregiger, 17 Liebenzeller, 4 Reid'sbrud.-Bundgemeinschaft, 2 Mötlinger; insgesamt ca. 2020 Besucher. — Auf je 1 evangel. Pfarrer kommen im Bezirk 1165 Seelen (Land-Durchschnitt 1500). Bei den Methodisten kommt auf je 400 Seelen schon 1 Prediger! Mit Rücksicht auf die große Finanzschwäche einzelner Pfarren wie im Blick auf die große Schwierigkeit der Stellvertretung in Krankheits- und Urlaubszeiten (viele Doppelgemeinden) wird nun beim Eogl.D.R.R. der Antrag auf Anstellung eines Bez.-Bisars gestellt. — Die Opferwilligkeit des Bezirks ist eine erfreulich große; Hfelsenhausen steht an der Spitze aller Gemeinden. Auch die Kirchensteuern sind bisher fast durchweg willig getragen worden und gut eingegangen. — Nach der Berichterstattung von Dekan Otto richtete Prälat D. Schöll noch beherzigenswerte und aufmunternde Worte an die Versammlung; ausgehend von einer kritischen Beurteilung der Lage im Bezirk und einer vorsichtig abwägenden Wertung der Gesamtanlage unserer Volkskirche verstand er es, in der ihm eigenen klaren Weise Blick und Gedanken von unserer kirchlichen Kleinarbeit auf die großen, unserer Kirche gesteckten Ziele und auf die starken, gegenwärtig unsere evang. Kirche ergreifenden und auf Vertiefung und Zusammenfassung drängenden, zukunftsträchtigen Bewegungen zu lenken. — Den Beschluß dieser inhaltreichen kirchlichen Tagung machte ein in seiner Kürze und anschaulichen Klarheit besonders anziehender Vortrag von Pfarre Frauer-Eßlingen über die neue Kirchengemeindeordnung die in ihrem Teil zur Wirkung neues Lebens und damit auch zur Erfüllung jener großen Aufgaben beitragen soll. Inspektor Bauer-Rötenbach berichtete noch kurz über die Arbeit des Eogl. Volksbunds im vergangenen Jahre: Vortragsreisen im vorderen und hinteren Bezirk, Freizeiten für Frauen und Fabrikarbeiter in Wildberg und Eßhausen, Unterbringung erholungsbedürftiger Frauen im Bezirk und allerlei Liebesarbeit in den Gemeinden. „Alles Gottesdienstes das größt! und fährnehmst! Stuch ist Gottes Wort predigen und lehren. Ja, das Wort soll in Schwang gehen.“ (Luther.)

Vorspielabend.

Am letzten Mittwoch spielte Stadtpfarrer Egenwein aus Bernsdorf zum letztenmal im Seminarfaal. Er hatte zum Abschied zwei Flötensonaten von Händel gewählt, von denen die zweite, glänzend bearbeitete besonders das Wohlgefallen der Zuhörer gewann. Die Begleitung auf dem Flügel wurde von Frä. Jenne gewandt und sicher durchgeführt. Die zahlreich erschienenen Zuhörer schätzten den Spielern mit herzlichem Beifall. Die junge Seminarklasse erfreute die Anwesenden unter der Leitung von Seminarlehrer Rothacker zusammen mit den jungen Seminarlehrern und einigen früheren Schülern durch zwei Lieder im Stile Födes.

Der Vorstand des Seminars, Professor Bauer, dankte dem Scheidenden, der so oft in selbstloser Weise bei den Vorspielabenden und Konzerten mitgewirkt hat, für seine Verdienste um das Magolder musikalische Leben und für seine Unterstützung der Bemühungen des Seminars einen Strom edler Musik in die Schülerschaft und die Bevölkerung der Stadt zu leiten.

Wer garantiert für ein Konzert von Mag von Pauer in Magold?

Der weltberühmte Virtuose Max von Pauer möchte anlässlich des Beethoven-Jubiläums in Magold einen Klavierabend veranstalten. Nun ist es verständlich, daß ein Künstler mit seinem Namen nicht spielt ohne eine Garantie Summe von bestimmter Höhe. Es handelt sich um 400 M. Wer garantiert diese Summe? Es könnten das ja auch mehrere zusammen tun. Selbstverständlich liegt auch die Möglichkeit vor, daß 400 M. bei dem Konzert eingenommen werden, da ja der Name Pauer große Zugkraft hat, sodas wohl anzunehmen ist, daß für diejenigen, die garantieren, kein allgroßes Risiko vorliegt. Anmeldungen bitte in der Kaiser'schen Buchhandlung.

Tagung

Gestern tagte der Ausschuß des Verbands Württ. Milchbedarfsvereine (Württembergischer Städte- und Städtebezirk) in Stuttgart, dem auch die Städte Forzheim und Mannheim angeschlossen sind, auf dem hiesigen Rathaus. Im Anschluß daran fand eine Besichtigung der Milchleihanlagen in Mödingen, Unterjettingen und Oberjettingen und später auf Einladung von Forzheim ein geselliges Beisammensein im Hotel Post statt.

Versammlung des Württ. Sparerbundes

Die letzte Versammlung des Württ. Sparerbundes im Festsaal des Furtbachhauses in Stuttgart war wiederum außerordentlich stark besucht. Nach einer Begrüßung durch den Vorsitzenden, Oberposttrat Klemp, wies Min.-Rat Spindler an Hand der Verfassungsbestimmungen und verschiedener Gutachten namhafter Juristen nach, daß das Vorgehen der Reichsregierung gegenüber dem Volksbegehren des Sparerbundes eine willkürliche Verletzung des in der Verfassung verankerten Volksrechts des Volksbegehrens darstellt. Hierauf erstattete der Landesoberbandsvorsitzende, Prof. Bauer-Magold, Bericht über die Erfurter Tagung. Die Ausführungen der Redner fanden in folgenden Entschlüsse ihren Niederschlag: 1. Die Versammlung richtet an sämtliche politischen Parteien, an die Fraktionen des Reichstags und des württ. Landtags und an die württ. Staatsregierung die dringende Forderung, gegen die verfassungswidrige Ablehnung des Volksbegehrens des Sparerbundes durch das Reichsministerium des Innern in klarer, unzweideutiger Weise Stellung zu nehmen und die Zurückziehung der unhaltbaren Ablehnung zu erzwingen, bezw. eine Entscheidung durch den Staatsgerichtshof auf Grund des Art. 59 der Reichsverfassung herbeizuführen. 2. Die Versammlung stellt mit Bedauern und Entrüstung fest, daß auch die ärmsten und notleidendsten Gläubiger des Reichs bis heute, d. h. über ein Jahr nach Inkrafttreten des Anleiheablösungsgesetzes und ein halbes Jahr nach Ablauf der letzten Frist zur Anmeldung des Anleihealtbesitzes, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, noch keinen Pfennig Vorzugsrente erhalten haben. Die Selbstmorde und verzweiflungsvollen Notschreie aus den Kreisen der Opfer der Inflationspolitik werfen ein grelles Licht auf die z. Z. geradezu entsehrliche Lage dieser ehemaligen Geldgeber des Staates. Die Versammlung fordert mit größter Schärfe, daß den verarmten Staatsgläubigern wenigstens ein Teil ihres Rechtsanspruchs in Form von Vorzugszahlung aus dem im Anleiheablösungsgesetz vorgesehenen und in den Reichshaushaltsplan für 1926 bereits

eingestellten Mitteln unverzüglich ausgehändigt wird und daß auch die regelmäßige Zahlung der Vorzugsrente mit größter Beschleunigung in die Wege geleitet wird.

*

Halte die Kinder von den Eisenbahngleisen fern. Da wiederholt Kinder von Eisenbahnzügen überfahren worden sind, schieht sich die Deutsche Reichsbahngesellschaft veranlaßt, erneut alle Eisenbahner und auch die Eltern zur größten Aufmerksamkeit zu ermahnen. Die Kinder umgeben die Schranken oder schlüpfen unter ihnen durch, gelangen auf die Bahnhöfe und Bahnkörper und laufen damit Gefahr, unter einen Zug zu kommen. Alle Eisenbahner sind daher angewiesen worden, streng darauf zu achten, daß Kinder den Gleisen fernbleiben. Auch auf den Freiladegleisen soll die Anwesenheit von Kindern unter keinen Umständen geduldet werden.

Angewöhnlich große Sonnenflecke sind gegenwärtig auf dem Tagesgestirn erschienen. Nach den Beobachtungen von Dr. H. H. Krieger passierte der Schlusfleck einer sehr auffälligen Gruppe, deren Längsausdehnung ungefähr 20 Erddurchmessern gleicht, am Montag mittag den zur Erde gerichteten Meridian der Sonne. Die Flecke können ihre Wirkung vom 20. d. M. an auf die Erde ausüben. Nordlichter sind allerdings erst im Anschluß an den Hauptfleck zu erwarten, dessen Körperstrahlung uns in der Nacht zum Mittwoch erreicht haben dürfte. Die Verhältnisse liegen jetzt ähnlich wie Anfang März d. J., wo gleichfalls bedeutende Nordlichter einem bemerkenswerten Sonnenfleckenübergang folgten.

*

Calw, 24. Sept. Neue Auto-Verkehrslinie. Die neue Auto-Verkehrslinie Calw-Zweberberg ist am letzten Mittwoch eröffnet worden. Diese Verbindung, die die Stadtverwaltung und der Handels- und Gewerbeverein ins Leben gerufen haben, wird von diesen vorläufig auf 2 Monate subventioniert. Die Fahrten, von Schauble-Neubulach unternommen, werden jeweils Mittwochs und Samstags von Zweberberg aus durchgeführt und berühren die Gemeinden Martinsmoos, Oberhaugtett, Neubulach und Station Teinach.

Aus aller Welt

Eine Hundertjährige. Frau Christine Fönbacher, Wwe. in Wöschweiler bei Billingen kann am 25. September den 100. Geburtstag feiern. Von ihren Nachkommen leben eine Tochter, 11 Enkel und 30 Urenkel.

Der Deutsche Naturforscher- und Metztag, der zurzeit in Düsseldorf versammelt ist, verlangte, daß Naturwissenschaften und Mathematik in den höheren Unterrichtsfächern der Schulen mehr berücksichtigt werden als bisher.

Die Wohnungsnot in Berlin. Nach der letzten Wohnungszählung gibt es in Groß-Berlin 1 252 591 Haushaltungen, die in 1 172 310 Wohnungen untergebracht sind. Es fehlen somit 80 281 Wohnungen.

Glücklicher Gewinner. Ein Lehrling in Vogelsdorf (Hollstein) hatte ohne Wissen seiner Angehörigen von seinem Taschengeld ein Ahtellos der preußisch-süddeutschen Klassenlotterie gekauft. Damit hat er nun 40 000 Mark gewonnen.

Der Typhus in Hannover. In den Krankenhäusern befanden sich am 23. September 1730 Typhustranke. Die Zahl der Todesfälle ist auf 104 gestiegen.

Die Schwurgerichtsverhandlungen gegen Schlefinger und die beiden Weber wegen des Anschlags gegen den Schnellzug bei Leiferde dürfte Ende Oktober in Hildesheim stattfinden.

Gegen den Direktor Schmidt von der Pulverfabrik Saphoch und gegen dessen Sohn, der Betriebsleiter der Fabrik ist, ist Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Körperverletzung erhoben worden. Bei der Explosion der Fabrik am 20. Mai d. J. sind bekanntlich 11 Personen getötet und 23 schwer verletzt worden.

Der wegen Mords zum Tode verurteilte Schröder in Magdeburg hat Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Letzte Nachrichten

Noch immer französische Militärgerichtsurteile

Berlin, 24. Sept. Die Morgenblätter melden aus Mainz: Der Frankfurter Wirt Schneppler wurde von dem französischen Militär-Polizeigericht zu einer Geldstrafe von 200 Mk. verurteilt, weil er in seinem Zelt auf dem Markt in Kreuznach das Deutschlandlied spielen ließ, das vom Publikum mitgefungen wurde. Das Gericht sah im Singen des Liedes eine Beleidigung der Besatzungstruppen.

Belgiens Abgabe an die englischen Bergarbeiter

Brüssel, 24. Sept. Das National-Komitee der belgischen Bergarbeiter hat entgegen den Wünschen der englischen Bergarbeiter beschlossen, Exportkohle für England zu fördern, bis die deutschen und die polnischen Bergarbeiter ihnen in der Abstellung der englischen Kohlenzufuhren vorgegangen seien.

Der englische Botschafter wieder in Berlin

Berlin, 24. Sept. Der englische Botschafter in Berlin, Biscount d'Abernon ist nach hier zurückgekehrt und hat die Leitung der Botschaft wieder übernommen.

Uberschwemmungskatastrophe in Indien

Berlin, 24. Sept. Wie die Morgenblätter aus Kalkutta melden, haben große Überschwemmungen in mehreren Distrikten großen Schaden angerichtet. Nach den bisherigen Mitteilungen sind 10 Personen in den Fluten ertrunken, etwa 1000 Häuser sind zerstört, die Ernte verwüstet, mehrere Brücken fortgeschwemmt, zahlreiche Viehherden in den Fluten umgekommen.

Eisenbahnanschlüge entdeckt

Berlin, 24. Sept. Nach einer Meldung der Morgenblätter aus München-Grabbach machten Bahnbeamte auf

Rama butterfein - tuts allein

MARGARINE

der Strecke Neerfen-Bierfen ungefähr 1 1/2 Km. vom Bahnhof Neerfen die Wahrnehmung, daß einige Lastschrauben gelöst waren. Eine von der Polizei und technischen Eisenbahnbeamten sofort angenommene Untersuchung ergab, daß die Schrauben zweifellos in frevlicherischer Absicht gelöst worden waren. Auch auf der Strecke Hamburg-Berlin wurde von einem Bahnläufer zwischen den Stationen Brahlstorf und Brixler ein Eisenbahnfrevler aufgedeckt.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist gestern abend um 5 Uhr in Berlin eingetroffen und hat sich sofort zum Reichspräsidenten zum Vortrag begeben.

Im Reichskabinet wird heute vormittag Stresemann über Thoiry berichten.

In Berliner politischen Kreisen erwartet man, daß der Außenminister zu weiteren Verhandlungen über die deutsch-französische Verständigung beauftragt werde.

Sport

Zum Rennen in Weil bei Eßlingen am 10. Oktober sind für 7 Rennen 81 Pferde mit 128 Rennungen eingeschrieben. Unter den vielen Ehrenpreisen befinden sich solche des Staatspräsidenten Bazille und der Städte Stuttgart und Eßlingen.

Konkurse.

Salomon Voeß, Kaufmann in Jgersheim. - Hermann Danzer, Inhaber eines Gemischtwarengeschäfts in Oberförsingen.

Handel und Volkswirtschaft

Berliner Dollarkurs, 23. Sept. 4,1925 G., 4,2025 B. Kriessanleihe 0,525. Franz. Franken 13,45 zu 1 Pfd. St., 35,85 zu 1 Dollar. Belg. Franken 181 zu 1 Pfd. St. Berliner Geldmarkt 23. Sept. Tägl. Geld 3-5 v. H., Monatsgeld 5,75-7 v. H., Prolongationsgeld 7,5 v. H., Warenwechsel 5,5 v. H.

Anleihe des Siemenskonzerns. Die vereinigten Werke Siemens u. Halske A.G. und Siemens-Schubert & Co. b. H., nehmen eine große Anleihe auf und zwar 24 Millionen Dollar in Amerika zum Kurs von 99 v. H. und 25 Millionen Mark von einem deutschen Bankkonsortium. Der Zinsfuß beträgt durchschnittlich etwas über 7 v. H., rückzahlbar in 25 Jahren. Die Gesellschaft behält sich das Recht vor, die Anleihe ganz oder teilweise innerhalb der ersten 10 Jahre zum Kurs von 110 v. H., oder von da bis zur Fälligkeit zu 102 v. H. zurückzukaufen, bei Fälligkeit zu 100 v. H.

Europäisches Leim-Syndikat. Die seit längerer Zeit schwebenden Verhandlungen wegen Zusammenschlusses der Interessenten der Knochenverarbeitenden Industrie Europas sind durch Abschluß eines Vertrags zwischen 15 Staaten bindend geworden.

Die Schlepsschiffahrt auf dem Neckar zu Berg ist wegen des niedrigen Wasserstands seit Montag eingestellt. Die Talfahrten werden bis jetzt noch ausgeführt.

Konkurse und Geschäftsaussichten. Neue Konkurse: Julius Karle, Weiß- und Wollwarengeschäft in Ulm; Fritz Degle, Ingenieur, Eisenbeton-, Hoch- und Tiefbaugeschäft in Pfullingen; Leib, Jüdisch, Textilwarenhändler in Stuttgart; Eugen Sugi, Inh. der Fa. Martin Schmidt Nachf., Piano-, Musikinstrumenten- und Musikfaktienhandlung in Reutlingen; Salomon Voeß, Kaufmann in Jgersheim Osh. Mergentheim; Hermann Danzer, Gemischtwarengeschäft in Oberförsingen Osh. Ulm.

Geschäftsaussichten: Fa. Neuenstadt-Werke A.G., Nahrungsmittelfabrik in Neuenstadt Osh. Neckarjhm; Fa. Jakob Schlegel, Forstbauschulen in Lauffen a. E. Osh. Walingen.

Stuttgarter Börse, 23. Sept. Befürchtungen wegen Geldverknüpfung zum Ultimo gaben zu Vertäufen Anlaß. Das Angebot war zwar nicht groß, genügte aber, um die Kurse einige Prozent weichen zu lassen. Man bleibt auf dem niedrigsten Stand des Tages. Am Rentenmarkt lagen Vorkriegs-Pfandbriefe unter teilweiser Abschmähung etwas ruhiger. 5prozente Reichsanleihe blieben bei 0,515 gleichfalls unter dem gestrigen Schlußkurs.

Württemb. Vereinsbank Filiale der Deutschen Bank. Berliner Getreidepreise, 23. Sept. Weizen märk. 26-26,40, Roggen 21-21,50, Wintergerste 27-27,50, Sommergerste 20,50-24,80, Haier 17-18,30, Weizenmehl 36-33,50, Roggenmehl 30,25-32,25, Weizenkleie 10, Roggenkleie 10,80, Raps 310.

Mannheimer Produktienbörse, 23. Sept. Die Festigkeit des Auslands ließ den Getreidemarkt in gut behaupteter Haltung verkehren. Mehl war gefragt. Man verlangte für die 100 Kg. waagontre Mannheim für: Weizen inkl. 29,50, ausl. 31-32,75, Roggen inkl.

22,50-23, Haber inkl. 17,75-18,50, ausl. 18,75-22, Braugerste 19,50-20,50, Mais (mit Saft) 18,50, Weizenmehl Spez. 0 41,75 bis 42, Brotmehl 28,50-31,75, Roggenmehl 33-34,50, Kleie 9 bis 9,50.

Märkte

Häfen: ausgemäst. Tiere 53-57, fleischige Tiere 44-50, gering genährte Tiere 43-49. Bullen: ausgemäst. Tiere 52-53, fleischige Tiere 50-51, gering genährte Tiere 48-49. Jungvinder: ausgem. Rind. 60-62, fleischige Rinder 58-59, gering genährte Rinder 42-44. Kühe: ausgemäst. Kühe 21-33, fleischige Kühe 14-19. Käber: feinst. Mast u. beste Saughäber 80-83, mittlere Mast- und gute Saughäber 73-78, geringe Käber 65-72. Schafe: Mastlamm u. längere Hammel mit Kopf - -, vollfleischige Schafvieh - -. Schweine: über 240 Pfd. 80-81, dto. von 200-240 Pfd. 80-82, dto. von 180-200 Pfd. 80-82, dto. H. v. 120-160 Pfd. 78-79, dto. unter 120 Pfd. 60-70. Sauen - -.

Stuttgarter Kartoffelmarkt (Leonhardsplatz). Zufuhr 1000 Ztr., Preis 4,20-4,50 M für 1 Zentner.

Stuttgarter Mostobstmarkt (Wilhelmsplatz). Zufuhr 2000 Ztr., Preis 6,50-6,80 M für 1 Zentner.

Hopfen. In Letztang wurden für grünfarbige Frühhopfen bis zu 540 M, für Späthopfen 400-500 M bezahlt. In Rotenburg ist fast alles verkauft zum Preis von 500 M nebst Leibkäufen bis 100 M. Auch in den Ortschaften der Umgebung wurde letzter Tage viel verkauft zum Preise von 500, 520 und 540 M nebst Trintgeld.

Nürnberger Hopfen, 22. Sept. 70 Ballen Landzufuhr, 30 Ballen Bahnzufuhr, 50 Ballen Umfaß. Geschäftslage unverändert ruhig. Es wurden bezahlt für Markt-hopfen 400-460, für Gebirgs-hopfen 470-520 RM.

Obstfeste. Dem Obstmarkt in Herrenberg waren zugeführt: Mostobst 70 Ztr., Preis 6,50-7,50 M, Wadelbirnen 8 M, Tafeläpfel und Tafelbirnen: 10 Ztr., Preis für Tafeläpfel 9 bzw. 12 M, Steinobst 15 Ztr., Preis 10 bzw. 15 M.

Das Wetter

Nachdem die Tiefdruckstörungen ostwärts abgezogen sind, breitet sich von Westen her wieder hoher Luftdruck aus, unter dessen Einfluß für Samstag und Sonntag vorwiegend heiteres, trockenes und ziemlich warmes Wetter zu erwarten ist.

Herrenberg.

Der für Dienstag, 28. September d. Js. fällige

Advertisement for Krämer-, Vieh-, Pferde- u. Schweine-Markt. Includes illustrations of a horse and a pig.

wird abgehalten. Personen und Klauenvieh aus Sperbezirken sind vom Markte ausgeschlossen. Zeugnisse erforderlich. 900 Stadtschultheißenamt: Hauser.

Obituary notice for Chr. Furch, alt Metzger, who died on Monday at age 88. Includes a feather illustration.

Advertisement for a sewing machine: 'Guterhaltene Universalmaschine' by Hugo Monauni.

Advertisement for Prima Molkereibutter by Georg Müller, Anna-Massen in Westfalen.

Advertisement for a girl: 'Nicht übersehen! Wegen Erkrankung meines jetzigen Mädchens suche für sofort tüchtiges Mädchen'.

Advertisement for a pig: 'Milchschweine' for sale on Saturday.

Advertisement for 'Berloren' (Lost) featuring 'Herrenpflüschhut' and 'Sklaven des Geldes'.

Advertisement for 'Blatt der Hausfrau' (Housewife's Leaf) magazine.

Advertisement for 'Jungen' (Young) featuring 'Bettladen' (bedstead).

Large advertisement for 'Perflor' soap, featuring a large 'P' logo and text: 'Lassen Sie sich doch nicht von einem anderen waschen'.

Advertisement for 'G.W. Zaiser' stamps.

Advertisement for 'Bretlingpflanzen' (Bretling plants) and 'Neues Sauertrant'.

Advertisement for 'Gesamtprobe' (General sample) of wine.

Advertisement for 'Christ-Lucas Gartenbuch' (Garden book) featuring an illustration of a woman in a garden.

Advertisement for 'Bruchleidende' (Those suffering from hernia) featuring 'Spranzband'.

Advertisement for 'Anzeigen' (Advertisements) for the Saturday issue.